

GESETZENTWURF

der Fraktion DIE LINKE

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern

1. Problem

In Mecklenburg-Vorpommern besteht seit dem Jahr 1999 bei Kommunalwahlen das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass Kommunalwahlen keine Wahlen geringerer Bedeutung sind, stellt die derzeitige Altersregelung zum aktiven Landtagswahlrecht für junge Menschen grundsätzlich eine Ungleichbehandlung dar, die nicht gerechtfertigt ist.

2. Lösung

Übertragung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen auch auf Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern.

3. Alternativen

Keine.

4. Kosten

Zusätzliche Kosten für das Land werden nur in geringem Umfang erwartet. Durch die Steigerung der Zahl der Wahlberechtigten erhöhen sich die Kosten für den Druck und Versand von Wahlunterlagen.

ENTWURF

eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen im Land Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landes- und Kommunalwahlgesetz vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V, S. 690), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2018 (GVOBl. M-V S. 193, 200) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „18.“ durch die Angabe „16.“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:**Zu Artikel 1:**

Die Bestimmung legt die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf das vollendete 16. Lebensjahr fest.

Seit 1999 besteht in Mecklenburg-Vorpommern das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ab dem vollendeten 16. Lebensjahr. Die Gesetzesänderung verfolgte das Ziel, den jüngeren Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, verstärkt an kommunalen Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Eine wirkungsgleiche Absenkung auch bei Landtagswahlen hatte der Gesetzgeber vor 16 Jahren noch nicht in den Blick genommen.

In den letzten Jahren wurde die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahren auch bei Landtagswahlen wiederholt und intensiv im Landtag diskutiert (vgl. etwa die Gesetzentwürfe der Fraktion DIE LINKE auf Drs. 7/1124 und Drs. 6/1030 sowie Bündnis90/DIE GRÜNEN auf Drs. 6/1024). Die Regierungsfractionen der SPD und CDU hatten im Ergebnis jedoch jeweils gegen entsprechende Gesetzentwürfe der Opposition gestimmt und damit eine Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre bislang abgelehnt.

Gegen die Absenkung des Wahlalters werden i. d. R. folgende Argumente vorgebracht:

- Es bestünden Zweifel, dass Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren die notwendige Reife für eine verantwortungsvolle Wahlentscheidung haben. Ihnen fehle die Einsicht in politische Zusammenhänge.
- Jugendliche seien leichter zu manipulieren und würden stark von Eltern, Altersgenossen oder Vorbildern in ihrer politischen Haltung beeinflusst.
- Jugendliche neigten oft zu Extrempositionen, wovon radikale oder populistische Parteien profitieren könnten. Dadurch drohe eine Radikalisierung des politischen Systems.
- Das Wahlalter und die Volljährigkeit sollten im Zusammenhang stehen. Mit der Volljährigkeit erhalte man sowohl Bürgerrechte, z.B. das Wahlrecht, als auch Bürgerpflichten. Es sei ein Widerspruch, wenn Minderjährige nicht voll strafmündig seien, aber wählen dürften.
- Jugendlichen seien zudem grundsätzlich ungenügend an Politik und Wahlen interessiert. Eine Absenkung des Wahlalters führe damit insgesamt zum Rückgang der Wahlbeteiligung, was die Legitimation von Wahlen untergrabe.

Für die Absenkung des Wahlalters werden i. d. R. folgende Argumente vorgebracht:

- Es gebe keinen Zusammenhang zwischen dem Alter von 16-/17-Jährigen und ihrer persönlichen Reife, dem politischen Wissen und Interesse.
- Jugendliche seien ab 14 Jahren rechtsmündig. Sie zahlten als Auszubildende Steuern. Deshalb sollten sie auch mitentscheiden, was mit dem Geld passiere.
- Jugendliche erhielten ein Mitbestimmungsrecht über politische Entscheidungen, die sie oft später selbst betreffen.
- Jugendliche könnten frühzeitig für Politik interessiert werden, sich mit der Demokratie identifizieren und für das demokratische System engagieren.
- Angesichts der Alterung der Gesellschaft und wachsenden Zahl älterer Wähler mit eigenen Interessen gäbe es durch die Senkung des Wahlalters einen gewissen Interessenausgleich.
- Negative Auswirkungen auf Ergebnisse von Landtagswahlen drohten nicht. 16- und 17-Jährige stellten in den Ländern nur zwei bis fünf Prozent der Gesamtwahlberechtigten.

Nach gründlicher Abwägung der jeweiligen Argumente sprechen die besseren Gründe für eine Absenkung. Der Landtag unterstützt nämlich das Ziel, jungen Menschen ein Mitbestimmungsrecht über politische Entscheidung einzuräumen und sie möglichst frühzeitig für politische Prozesse zu interessieren. Hierzu zählt nicht nur, aber insbesondere die Wahl des Landtages, der Stätte der politischen Willensbildung. Der Landtag hat auch keine Zweifel, dass 16 und 17 Jahre alte Menschen über die notwendige Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit verfügen, die ein Wahlrecht erfordert. Diverse wissenschaftliche Untersuchungen belegen dies und sprechen sich für das Wahlalter 16 aus.

Daher sollte die Ungleichbehandlung junger Menschen in Kommunal- und Landtagswahlen auch in Mecklenburg-Vorpommern überwunden werden. Zu diesem Schluss kamen bereits mehrere Bundesländer. So gibt es entsprechende Regelungen in Brandenburg (2011), Bremen (2009), Hamburg (2013) und Schleswig-Holstein (2013). Die Befürchtungen der Gegnerinnen und Gegner einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre haben sich der Wahlpraxis dieser Bundesländer nicht bestätigt.

Es ist daher geboten, das Landeswahlrecht bezüglich des aktiven Wahlrechtes so zu gestalten, dass zukünftig Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahrs wahlberechtigt zu Landtagswahlen sind. Damit kommt der Landtag im Übrigen auch langjährigen Forderungen etwa des Landesjugendrings oder der kommunalen Landesverbände nach.

Zu Artikel 2:

Die Bestimmung regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.